

ZBB 2006, 396

InsO § 212; VwGO § 80 Abs. 4; KWG § 37; AktG §§ 262, 268

Zum Insolvenzeinstellungsantrag der Komplementärin der Schuldnerin nach Aussetzung der Vollziehung eines Abwicklungsbescheids der BaFin („MSF II“)

AG Hamburg, Beschl. v. 26.04.2006 – 67c IN 312/05, ZIP 2006, 1688

Leitsätze:

- 1. Ein Einstellungsantrag gemäß § 212 InsO ist von sämtlichen organschaftlichen Vertretern der Gemeinschuldnerin zu stellen.**
- 2. Der gemäß § 37 KWG von der BaFin eingesetzte Abwickler, der bereits Insolvenzantrag mit der Folge der Insolvenzeröffnung gestellt hat, bleibt organschaftlicher Vertreter, auch wenn die Vollziehung des zugrundeliegenden Bescheids der BaFin gemäß § 80 Abs. 4 VwGO im eröffneten Insolvenzverfahren ausgesetzt worden ist.**
- 3. Es gehört nicht zu den Aufgaben eines abwickelnden Vorstands i. S. v. § 265 Abs. 1, § 268 AktG, nach Auflösung einer Komplementär-AG in Folge eines Beschlusses gemäß § 26 InsO (Abweisung mangels Masse) im Insolvenzverfahren der KG einen Antrag gemäß § 212 InsO mit dem Ziel der Fortsetzung der Geschäftstätigkeit zu stellen.**
- 4. Ein zulässiger Einstellungsantrag gemäß § 212 InsO erfordert eine substantiierte Auseinandersetzung nebst Glaubhaftmachung mit den Fortführungsaussichten der Gemeinschuldnerin unter Darlegung der im Zeitpunkt der Antragstellung gegebenen Beseitigung der Zahlungsunfähigkeit, Überschuldung und der Gefahr drohender Zahlungsunfähigkeit.**
- 5. Hinsichtlich einer fortbestehenden, nicht aufgehobenen Abwicklungsverfügung der BaFin gemäß § 37 KWG sind im Überschuldungsstatus einer Anlegerfonds-Gesellschaft Rückstellungen in Höhe von mindestens 50 % der Einlegerforderungen zur möglichen Befriedigung der Einleger für den Fall der verwaltungsgerichtlichen Bestätigung des Bescheides zu bilden.**